


Inforadar 38 Periode Januar bis Dezember 2022; aufgeschaltet am 27.2.2023

Geschätzte Inforadarempfängerinnen und -empfänger

Anbei eine Liste mit «wasserpolitisch» mehr oder weniger Relevantem aus dem Jahr 2022. Eine bereinigte Übersicht werden wir im «Wasserpolitischen Jahresrückblick 2022» in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift *Aqua und Gas* publizieren.



Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wie immer wünsche ich frohes Fischen in den mal seichteren, mal tieferen wasserpolitischen Gründen. Aus meiner Sicht für die **Eawag** besonders Relevantes ist mit diesem Signet bezeichnet: 

Andri Bryner

Volksabstimmungen

Am 25. September 2022 verwirft das Schweizer Stimmvolk die Massentierhaltungsinitiative mit 63% Nein-Anteil. Von den Kantonen kommt nur aus Basel-Stadt ein Ja. Das Volksbegehren wollte eine bodenabhängige, ressourcenschonende Landwirtschaft. Das hätte wohl eine Reduktion der Tierbestände und weniger Nährstoffüberflüsse bedeutete – daher der «Wasserzusammenhang».

Der Bundesrat...

-  4.3. / verabschiedet die Botschaft zum indirekten [Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative](#) . Aufgrund der energiepolitischer Erwägungen und kritischer Rückmeldungen der Energiebranche wird der Plan, aquatische Schutzgebiete für Fische und Krebse zu schaffen, verworfen. Im September ergänzt der Nationalrat den Vorschlag des BR mit dem [Instrument der Biodiversitätsgebiete](#). Im Dezember verlängert der Ständerat die Frist zur Behandlung der Initiative bis 2024 (siehe Ausblick).
-  13.4. / informiert über das Inkrafttreten von Massnahmen für eine nachhaltigere Landwirtschaft als (erste) [Antwort auf die parlamentarischen Initiative 19.475](#) zur Reduktion der von Pestiziden verursachten Risiken und zur Reduktion von übermässigen Nährstoffeinträgen in die Gewässer.
- 4.5. / verabschiedet den [Länderbericht zur Umsetzung Agenda 2030](#). Um die Qualität des Trinkwassers langfristig zu sichern, ist darin die Forderung enthalten, die Grundwasserfassungen besser vor Verunreinigungen aus der Nähe durch Siedlungen und andere Bauten und Nutzungen zu schützen, namentlich durch raumplanerische Massnahmen. Das Grundwasser beschäftigt den Bundesrat mehrfach: Am 30.6. kritisiert die [GPK-N das Vollzugsdefizit beim Grundwasserschutz](#) hart und verlangt mit drei Vorstössen Gegenmassnahmen. ([Grundwasserschutz in der Schweiz - Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates](#); pdf, 28.6.2022). Am 4.10. präzisiert der Bundesrat dann in seiner [Stellungnahme an die GPK](#) die geplanten Massnahmen, u.a. mit einer Verbesserung der Aufsicht und der planerischen Festlegung der Zuströmbereiche zu «regional wichtigen» Fassungen.

Siehe dazu auch das Rechtsgutachten für das BAFU von Hans W. Stutz zum Grundwasserschutz vom 13.9.2022: Vergleich EU, D, AUT, F und CH: <https://stutzumweltrecht.ch/aktuell> : https://stutzumweltrecht.ch/customer/files/72/Rechtsgutachten_Stutz_Rechtsvergleich_Grund

[wasserschutz_D_AT_F - Endversion.pdf](#).

Die EU-Kommission will [mehr Schadstoffe im Grundwasser überwachen](#).

- 18.5. / verabschiedet den Grundlagenbericht [Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement](#) als Antwort auf das Postulat 18.3610 von Beat Rieder von 2018. [Medienmitteilung](#). Unter anderem empfiehlt der Bundesrat den Kantonen, ein regionales Wassermanagement durchzuführen und den aktuellen Wasserverbrauch umfassender zu messen. Namentlich die Datengrundlage zum Wasserverbrauch für die Landwirtschaft wird als mangelhaft kritisiert. Das Echo auf den Bericht ist nicht sehr gross, siehe Vorstösse am 23.11.
- 13.6. / beantwortet die Frage (22.7506) von Isabelle Pasquier-Eichenberger (grüne/GE) nach der [Notzulassung von an sich verbotenen Pestiziden](#): Danach wurden 2021 zwei Fungizide und zehn Insektizide mit Berufung auf eine Notfallsituation zugelassen. 2022 sind es ein Herbizid, zwölf Fungizide und vierzehn Insektizide unter diesem Titel.
- 23.9. / präsentiert den aufgrund von drei Postulaten erstellten [Bericht Plastik in der Umwelt](#) mit vielen Umweltdaten und Fakten zu Quellen und Auswirkungen sowie Massnahmen, namentlich zur Vermeidung von Mikroplastik in Böden und Gewässern. <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/abfall/mitteilungen.msg-id-90463.html>
- 30.9. / beschliesst eine bis Ende April 2023 befristete [Notverordnung zur Herabsetzung von Mindestrestwassermengen](#), um mehr Strom aus Wasserkraft produzieren zu können bei einer möglichen grossen Strom-Mangellage. Im erläuternden Bericht wird eingeräumt, dass die Massnahme Auswirkungen auf die Umwelt hat, u.a. auf die Fischwanderung und möglicherweise auf die Reproduktion einzelner Fischarten.
- 23.11. / lehnt die Motion (22.4235) von Aline Trede (grüne/BE) ab, die im Rahmen einer Wasserstrategie Schweiz die verstärkte [Nutzung von Regenwasser](#), vor allem eine verstärkte Information der Bevölkerung zu diesem Thema, verlangt. Gleichlautend: Motion ([22.4236](#)) von Benjamin Roduit (Mitte/VS): Pour une incitation à récupérer l'eau de pluie. Auch andere Vorstösse drehen sich – angesichts des sehr heissen und trockenen Sommers 2022 – um die [multifunktionale Nutzung des Wassers](#), so die Motion ([22.4219](#)) von Benjamin Roduit (Mitte/VS): Des données pour une gestion intégrée de l'eau fondée sur son utilisation multifonctionnelle. Die Interpellation ([22.3173](#)) von Céline Weber (grüne/VD): A quand une stratégie cohérente sur l'approvisionnement en eau du pays ? hat der NR am 16.12. erledigt. Diejenige ([22.4127](#)) von Céline Vara (grüne/NE) : L'eau, cette ressource vitale que l'on doit mieux gérer, wurde am 12.12. vom SR erledigt. Postulat Christine Bulliard-Marbach (cvp/FR) (22.4168): [Wasserversorgung für die Bergland- und Alpwirtschaft](#). Neu eingereicht: 15.12 / Motion Delphine Klopfenstein (grüne/GE) zur verbesserten [Information bei Wasserstress](#) (22.4488): Wasserstress. So rasch wie möglich warnen!
- 16.12. / verabschiedet die [revidierte Gewässerschutzverordnung](#) mit neuen Kriterien, wann die Zulassung eines Pestizids überprüft werden muss. Die ursprünglich in derselben Verordnungsanpassung geplante Beschleunigung der Ausscheidung von Grundwasserschutzzonen hat der BR verschoben bzw. will das mit den anderen Aufträgen des Parlaments zum Grundwasserschutz zusammenführen. Die revidierte Verordnung tritt am 1.2.2023 in Kraft.

Parlament

- 17.3. / Der Nationalrat möchte [in pestizidbelasteten Gebieten Wasserversorgungsunternehmen unterstützen](#), damit diese Sanierungsmassnahmen oder Aufbereitungsinfrastruktur umsetzen können. Er hat dazu die Motion [20.3052](#) von Kurt Fluri (fdp/SO) gegen den Willen des Bundesrats angenommen. Die sehr ähnlich lautende Motion [20.3022](#) von Felix Wettstein (grüne/SO) wird abgelehnt.

- 17.3./ Der Nationalrat nimmt die Motion ([21.3974](#)) Analyse des [Wasserkraftpotenzials der Gletscherschmelze](#) an. Hintergrund ist u.a. das von Eawag und Swisstopo präsentierte Inventar von rund 1200 neuen Gletscherseen, die seit 1850 entstanden sind.
- 17.3. / Entgegen der Haltung des Bundesrats nimmt der Ständerat die Motion [21.3004](#) der WAK-S an, wonach bei die [Absenckziele für Nährstoffe](#) «an die Realität in der Praxis angepasst» werden sollen. Am 14.12. gibt der NR zudem der Motion «Ziel zur Verringerung von Nährstoffverlusten senken» ([22.3795](#)) von Johanna Gapany (fdp/FR) statt. Die Interpellation ([22.4040](#)) von Martin Harb (svp/ZH), der eine [Unterscheidung in unvermeidbare und vermeidbare Stickstoff-Verluste](#) wünscht, beantwortet der Bundesrat kritisch: Auch unvermeidbare Stickstoffverluste würden die Umwelt belasten, schreibt er in seiner Stellungnahme. Siehe dazu auch den [Ammoniak-Bericht der Umweltverbände](#) vom 17.5.
- 17.3. / Der Nationalrat lehnt die Motion [20.3125](#) von Baptiste Hurni (sp/NE) ab. Sie wollte den Bund verpflichten, die [Berufsfischerei zu stützen](#). Sie habe einen schweren Stand, war das Argument. Dem widersprach der Bundesrat nicht, aber eine Unterstützung sei zum grossen Teil Sache der Kantone.
- 9.6. / NR lehnt die Palv ([21.409](#)) von Katharina Prelicz-Huber (grüne/ZH) ab, wonach alle [Seeufer mit öffentlichen Wegen](#) zu erschliessen seien, allerdings mit Vorrang für die ökologische Aufwertung der Ufer.
- 14.9. / NR nimmt Motion ([20.4579](#)) von Maja Graf (grüne/SO) an, wonach Pflanzenschutzmittel, die für Menschen, Insekten oder Gewässerlebewesen toxisch sind, in der [nichtberuflichen Anwendung verboten](#) würden. Das Parlament hat den Auftrag aber abgeschwächt: Eine nichtberufliche Anwendung von Pflanzenschutzmitteln soll für private Anwenderinnen und Anwender möglich bleiben, wenn diese eine entsprechende Ausbildung dazu vorweisen können.
- 27.9. / Der NR nimmt entgegen der Haltung des BR das Postulat ([20.4087](#)) von Christophe Clivaz (grüne/VS) an, das einen Bericht über Folgen und Massnahmen im Zusammenhang mit (zu) hohen Konzentrationen von [Cholorthalonil-Metaboliten](#) im Grundwasser verlangt.
- 29.9./ Der SR hat den «Mantelerlass», das Bundesgesetz «[Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien](#)» (21.047) beraten. Unter anderem setzt er höhere Produktionsziele für einen weiteren Ausbau der Wasserkraft vor (+0.5 TWh bis 2035 und +0.7 TWh bis 2050, sowie +2 TWh abrufbare Winterspeicherenergie) und beschliesst diverse Massnahmen zur Förderung von Kraftwerkprojekten und Beschleunigung der Verfahren. Auf den vorrangigen Schutz von nationalen Biotopen soll verzichtet werden. Es wird Bezug genommen auf die Resultate des 2021 durchgeführten «Runden Tisches Wasserkraft», wo Verwaltung, Kraftwerkgesellschaften und Umweltverbände Lösungen gesucht haben, wie 2 TWh zusätzlich abrufbarer Winterstrom aus Wasserkraft bereitgestellt werden könnten (Vorgabe des UVEK). Im Verlauf von 2022 werden allerdings sowohl das Vorgehen (nicht nachvollziehbare Bewertung von Projekten) als auch offene Rechtsfragen (mangelnde Verfassungskonformität, Gewaltentrennung, Kantonsautonomie etc.) des Runden Tisches Wasserkraft von verschiedener Seite in Frage gestellt. Artikel dazu: [Beobachter 18.1.](#) / [Beobachter 10.6.](#) / [Beobachter 25.11.](#) / [WOZ 6.10.](#) / [infosperber](#); Parallel dazu wollen einzelne Parlamentarier das Beschwerderecht der Umweltverbände bei Wasserkraftprojekten aufheben, so Therese Schläpfer (svp/ZH) mit einer Motion ([22.3173](#)) oder Sidney Kamerzin (Mitte/VS) mit einer Parlamentarischen Initiative ([22.414](#)). Die Begründung: Verbandsbeschwerden blockierten Massnahmen gegen den Klimawandel und eine Stärkung der Energieautonomie der Schweiz. Die Vorlage kommt im Januar 2023 in die UREK-N und soll in der Frühjahrsession 2023 im Rat behandelt werden.
- 30.9. / Das Parlament beschliesst einen mit maximal zehn Milliarden Franken dotierten [Rettungsschirm für systemkritische Stromunternehmen](#). «Subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft» ([22.031](#)). Gesetz und Kredit dürften sich indirekt auch auf den Ausbau der Wasserkraft auswirken.

- 24.10. / UREK-S stimmt der Palv ([22.461](#)) aus der UREK-N zu, welche ein Dringliches Gesetz bzw. eine Ergänzung des EnG verlangt zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von [grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft](#). Das Interesse an diesen Anlagen soll ein allen anderen nationalen Interessen vorangestellt werden.
- 14.12. / NR nimmt als Zweitrat die Motion ([21.3804](#)) von Martin Schmid (fdp/GR) an. Landwirtschaftsland soll gegen Alpland (Sömmerungsland) abgetauscht werden können, u.a. um die Möglichkeiten zur [Ausscheidung des Gewässerraums](#) zu verbessern. Der BR lehnt das Ansinnen ab, da er eine intensivierte Bewirtschaftung von Alpflächen nicht fördern will und da es zu einer Ungleichbehandlung zwischen Berg- und Mittellandkantonen käme.
- 14.12. / Mehrere Vorstösse versuchen, Ziele abzuschwächen, welche der BR in Erfüllung der Palv [19.475](#) (daraus resultierend: Verordnungspaket für sauberes Trinkwasser und eine nachhaltigere Landwirtschaft) festgelegt hat. Knapp angenommen wird schliesslich nur die Motion ([22.3795](#)) von Johanna Gapany (fdp/FR). Sie verlangt, den [Absenkpfad für Stickstoffverluste](#) zu reduzieren, da ansonsten Tierbestände reduziert werden müssten. Das Ziel wird nun voraussichtlich von minus 20% auf minus 15% gesetzt.
- 8.12. / NR nimmt zwei Motionen ([22.3873](#), [22.3874](#)) und ein Postulat ([22.3875](#)) der GPK-N an, wonach der BR den Kantonen verbindliche Fristen ansetzen soll für die [Umsetzung des planerischen Grundwasserschutzes](#) und dafür auch Instrumente zur Aufsicht und für Interventionen schafft. Zudem sollen Anpassungen an den Gewässerschutzprogrammen gemäss Art. 62a GschG geprüft werden. Der BR teilt die Anliegen und verweist auf die laufenden Arbeiten.
- 12.12. / NR lehnt fünf gleichlautende Palv ab (siehe [21.440](#)), wonach der Natur- und [Umweltschutz in der Bundesverfassung](#) hätte gestärkt werden sollen, u.a. mit einem Recht des Menschen auf eine gesunde Umwelt.
- 12.12. / SR nimmt die Motion ([22.3929](#)) von Marianne Maret (Mitte/VS) an. Damit sollen [Grenzwerte für PFAS](#) in verschiedene Verordnungen aufgenommen werden (GeschV Einleitbedingungen, Abfallverordnung, Altlastenverordnung). Der BR will PFAS Werte aus dem Grundwassermonitoring NAQUA schon 2023 publizieren und Werte aus einer 2023 durchgeführten TFA-Kampagne dann 2024. Tiana Angelina Moser (glp/ZH) verlangt mit einem Postulat einen [Aktionsplan zur Belastungsreduktion von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien](#) ([22.4585](#)). Weitere Vorstösse zu «forever chemicals»: 16.12. / NR erledigt die Interpellation ([22.4233](#)) von Aline Trede (grüne/BE), Wann werden "forever chemicals" in der Schweiz verboten? U.a. mit Verweis auf Studien der Eawag hat Trede ein Monitoring für TFA verlangt. Auch Nik Gugger (Mitte/ZH) und Ursula Schneider Schüttel (sp/FR) sorgen sich in zwei Interpellationen um (zu) hohe TFA Werte: Nationale Massnahmen zur Verhinderung weiterer Trifluoracetat-Ansammlungen im Wasser? ([22.4228](#)) und Berücksichtigung der Persistenz bei der Zulassung von Chemikalien? ([22.4165](#)) – beide noch nicht behandelt.
- 14.12. / NR lehnt die Motion ([22.3610](#)) von Beat Rieder (evp/VS) ab, wonach der minimale Anteil von [Biodiversitätsflächen aus dem ökologischen Leistungsnachweis gestrichen](#) und für Direktzahlungen an Landwirte nicht mehr erforderlich wäre. Gleichlautendes Begehren im SR ist damit auch erledigt.
- 16.12./ Céline Vara (Grüne/NE) verlangt mit einer Interpellation ([22.4595](#)) eine Verbesserung der [Wasserqualität und des generellen Zustands im Doubs](#), insbesondere eine Reaktivierung der Schweiz-französischen Zusammenarbeit: Die Fische im Doubs sind krank: Reaktivieren wir rasch unsere politischen Hebel, um Abhilfe zu schaffen.
- 16.12. / Céline Vara (Grüne/NE) verlangt vom Bundesrat mit der Motion ([22.4596](#)) eine gesetzliche Regelung, mit welcher [Subventionen systematisch auf ihre Auswirkungen auf Klima und Biodiversität prüft](#). Schädliche Subventionen würden die Biodiversitäts- und die Klimakrisen in erheblichem Umfang beschleunigen, so Vara.

Verwaltung

- 3.2. / BAFU stellt eine neue Arbeitsgrundlage für die Praxis zu [Schutz und Aufwertung von Quell Lebensräumen](#) vor; siehe dazu auch die Website der Beratungsstelle: <https://www.quell-lebensraeume.ch/de/>.
- 22.2. / BAFU präsentiert neues Dossier: [Rote Listen – Barometer der Artenvielfalt](#); Hier soll die Frage «Wie gross ist das Risiko von Arten, in der Schweiz auszusterben?» fundiert beantwortet werden. Im Februar 2023 ist auch die überarbeitete [Rote Liste der Fische und Rundmäuler](#) publiziert worden.
- 5.5. / BFE präsentiert die [Wasserkraftstatistik 2021](#): Im Berichtsjahr hat demnach die Produktionserwartung aller 682 Zentralen über 300 kW Leistung um 55 GWh zugenommen und betrug am 1.1.2022 37'172 GWh. Eine ausserordentliche Korrektur betraf die Grande Dixence (+395 GWh), da dort mehr Wasser turbinert wird, als bisher in der Statistik berücksichtigt. 20 Zentralen mit einer geplanten Jahresproduktion von 210 GWh standen 2021 im Bau. Am 16.12. veröffentlicht das BFE auch den Bericht: [Energiestrategie 2050 - Fünfjährige Berichterstattung im Rahmen des Monitorings](#). Im Bereich Wasserkraftnutzung hält der Bericht fest, dass zwischen 2000 und 2020 164 neue Wasserkraftanlagen (>300 kW Leistung) in Betrieb genommen wurden, 140 davon nach 2009, als die kostendeckende Einspeisevergütung eingeführt wurde.
- 14.6. / BAFU präsentiert einen Bericht zu [Regenwasser im Siedlungsraum](#); er zeigt Strategien und Massnahmen, wie mit zunehmenden Starkregenereignissen und dem Überschwemmungsrisiko umgegangen werden und wie eine klimaangepasste und risikobasierte Siedlungsentwicklung erfolgen kann.
- 12.1.2023 / BAFU stellt die Vollzugshilfe "Sanierungsbedarf sowie Ziele und Dringlichkeit einer Sanierung" (Altlasten und Wasser) vor. <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/altlasten/publikationen-studien/publikationen/sanierungsbedarf.html>

Gerichte

- 1.3. / Bundesgericht zu Restwasser im Lötschental ([BGE 1C 401/2020](#)): Die Herabsetzung der Mindestrestwassermenge bedarf einer besonders sorgfältigen Abklärung sowie einer Interessenabwägung im Einzelfall; es darf nicht nur auf Fische abgestützt werden, auch andere Arten müssen berücksichtigt werden. Ersatzmassnahmen müssen Lebensraum für die tatsächlich vom Projekt betroffenen Arten schaffen. Im vorliegenden Fall kann ein neues Biotop für Grasfrösche keinen Ersatzlebensraum für auf kaltes, rasch fliessendes und dynamisches Wasser spezialisierte Arten anbieten.
- 2.6. / Kantonsgericht SZ Feusisberg Gewässerraum (Juli 2022): Gewässerräume müssen im Einzelfall festgelegt und die Interessenabwägung für oder gegen eine Erhöhung muss transparent aufgezeigt werden, siehe <https://www.aquaviva.ch/de/news/gewaesser-brauchen-raum-auch-im-kanton-schwyz>
- Pendent / Der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts (Syngenta vs. Bund) in Sachen [Chlorothalonil und dessen Metaboliten – relevant oder nicht?](#). Ist nach wie vor pendent
- 17.2.2023 / Die Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission ENHK beurteilt den [Campingplatz Fanel am Neuenburgersee als umweltschwidrig](#). Der Kanton Bern will den Platz Ende 2024 schliessen und rückbauen. Ein Badeplatz für die Bevölkerung würde erhalten bleiben.

Weiteres / Kantone / Ausland

- 16.2./ Die Bodensee-Stiftung und der Global Nature Fund lancieren eine [Charta zur Reduzierung und Vermeidung von Mikroplastik und Plastikmüllverschmutzung](#) in und um Seen. Ziel ist eine Selbstverpflichtung der Gemeinden rund um den Bodensee zum Ergreifen von Massnahmen gegen Mikroplastik. Am 22.2 startet die EU-Kommission eine Anhörung zu einer [Strategie zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik](#); am 24.2. präsentiert eine Forschungsgruppe eine neue Studie, dass sich die [gesellschaftliche Wahrnehmung nicht mit wissenschaftlichen Studien deckt](#), wenn es um Risiken durch Mikroplastik geht (<https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2022.102485>).
- 2.3. / Österreich lanciert eine «[Zukunftsplattform Wasser](#)». Sie will einen breiten Diskussionsprozess unter allen wasserrelevanten Sektoren fördern, wie die Wasserressourcen künftig nachhaltig genutzt werden sollen, u.a. Landwirtschaft und Tourismus.
- 4.3. / Die Staatsanwaltschaft St. Gallen büsst ein Unternehmen wegen Verschmutzung des Bodensees und der Goldach mit dem seit 2011 verbotenen Stoff [Perfluorooctansulfonsäure \(PFOS\)](#) in Löschschaum. PFOS kann sich in der Nahrungskette anreichern und ist dadurch eine Gefahr für fischfressende Vögel und Säuger.
- 4.3. / Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) präsentiert den Bericht «[Financing a Water Secure Future](#)». Darin wird festgehalten, dass das UN-Nachhaltigkeitsziel SDG 6 - Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen - wegen unzureichender Investitionen verfehlt wird. Weiterhin leben zwei Milliarden Menschen ohne sichere Trinkwasserversorgung und die Verluste an Feuchtgebieten schreiten voran. «Um die Ziele in den Bereichen Trinkwasser, Abwasserentsorgung und Hygiene (SDG 6) bis 2030 zu erreichen, muss das Tempo der Fortschritte um das Vierfache erhöht werden», hält auch der UN-Report über die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele fest. (Siehe auch: <https://www.unesco.org/reports/wwdr/2022/en> <https://unstats.un.org/sdgs/report/2022/>)
- 22.3. / Über 170 Wasserversorger in den Einzugsgebieten der grossen europäischen Flüsse aus 18 Ländern unterzeichnen das «[Europäische Grundwasser-Memorandum](#) zur Sicherung der Qualität und Quantität des Trinkwassers für künftige Generationen». Das ist ein beachtlicher Schulterschluss.
- 28.3. / Nach wiederholten Vorfällen in England, wo privatisierte Kläranlagen un- oder ungenügend gereinigte Abwässer in die Gewässer geschickt haben, [verschärft das britische Umweltministerium den strategischen Rahmen für die Aufsichtsbehörde Ofwat](#). So müssen u.a. Regenüberläufe besser überwacht werden und generell müsse der Wassersektor mehr für den Umweltschutz tun. Die Strafen für Säumige werden verschärft.
- 4.4. / Der Weltklimarat IPCC stellt in seinem jüngsten Report fest, wie der Klimawandel bereits heute [nachteilige Auswirkungen auf die Wassersicherheit](#) hat. Die Klimarisiken für Ökosysteme und Menschen nehmen weltweit rapide zu, warnt der IPCC. Nur konsequenter Klimaschutz und frühzeitige Klimaanpassung könnten Risiken verringern. Messbare Auswirkungen des Klimawandels auf die Gewässer stehen auch in weiteren Publikationen vermehrt im Zentrum. So postulieren das IÖR und das IGB am 15.12. zum [Abschluss des Projekts GewässerKlima](#) Anpassungen in der Europäischen Wasserrahmen Richtlinie, um diesem Umstand besser Rechnung zu tragen.
- 7.4. / Der VSA sieht Handlungsbedarf bei [Stoffeinträgen in die Gewässer durch Abwasser aus Industrie und Gewerbe](#); gemeinsam mit den betroffenen Branchen aus Chemie und Pharma wurden Lösungen erarbeitet, welche die Situation verbessern sollen. Hintergrund ist, dass auch gut ausgebaute (kommunale) [Kläranlagen nicht alles klären](#) bzw. ihre Leistung verbessern können, wenn gut mit angeschlossenen Betrieben zusammengearbeitet wird.
- 2.5. / Das Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) meldet: [Legionellose-Fälle in der Schweiz steigen](#). Die Zahl der Legionellose-Erkrankungen in der Schweiz ist in den

vergangenen 20 Jahren um das Fünffache gestiegen. Die Schweiz hat eine der höchsten Inzidenzen in Europa. In mehreren Projekten erforschen Swiss TPH, Eawag, Hochschule Luzern, Zürcher Kantonslabor, ein Netz von 16 Spitälern und weitere Partner die Hintergründe dazu.

- 10.6. / Das deutsche Bundesland Rheinland Pflanz unterstützt das [Ende der Förderung für kleine Wasserkraftanlagen](#) unter 500kW Leistung. Die ökologische Bedeutung von Bächen und kleinen Flüssen sei höher einzuschätzen als ihre Bedeutung für die Stromgewinnung. Der Beschluss steht stellvertretend für den Zielkonflikt zwischen der Wasserrahmenrichtlinie und Gesetzen zur Förderung erneuerbarer Energien, welche der Wasserkraft den Status des «überragenden öffentlichen Interesses» zuteilen.
- 5.7./ Das Deutsche Umweltbundesamt fordert europarechtliche Neuregelung von umweltgerechten [Pestizidzulassungen](#). Heute müssten Pestizide zugelassen werden, obwohl sie nach wissenschaftlichen Erkenntnissen der Umwelt schaden, namentlich Grund- und Trinkwasser gefährden. Siehe auch: [Pestizidzulassungen hebeln Umweltschutz aus](#) (Artikel vom 21.2.).
- 25.10. / Der private ostenglische Wasserver- und Abwasserentsorger Anglian Water wird wegen einer Reihe von System- und Wartungsfehlern in seinen Anlagen und daraus entstandenen [Gewässerverschmutzungen zu einer Geldstrafe von rund 1 Mio. Euro](#) verurteilt.
- 9.11. / Für das [Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt RHESI am Alpenrhein](#) werden erstmals Auflageprojekte vorgestellt. In den kommenden 20 Jahren sollen rund 1,4 Mrd. CHF investiert werden.
- 18.11. / Der Mangel an Fällmitteln für die ARAs wird zum Politikum, da unter Umständen Phosphor-Einleitungsgrenzwerte überschritten werden. Der VSA erstellt dazu in Absprache mit dem BAFU ein [Infoblatt](#) mit Empfehlungen.
- 12.12. / Der Zürcher Kantonsrat nimmt die im Februar 2020 vom Regierungsrat vorgestellte [Neuaufgabe des Zürcher Wassergesetzes](#) nun einstimmig an. Eine erste Version ist 2019 vom Volk verworfen worden, unter anderem weil befürchtet wurde, die Wasserversorgungen könnten privatisiert werden.
- 19.12. / Im Rahmen der [Weltbiodiversitätskonferenz COP-15](#) im kanadischen Montreal werden neu neben Nährstoffen und Pestiziden auch generell «gefährliche Chemikalien» bzw. deren Reduktion aufgenommen in die Konventionen.
- 18.1.2023 / Der Kanton ZH präsentiert den [Gewässerbericht 2022](#) mit vielen Fakten zum qualitativen und morphologischen Zustand der Zürcher Flüsse und Seen sowie zum Grundwasser. Kurzfazit über alles: Einiges wäre eigentlich auf dem Weg zur Besserung, aber der Klimawandel trübt die Erfolge zunehmend.

Ausblick:

Die folgenden wasser- oder gewässerrelevanten Themen werden 2023 absehbar auf der politischen Bühne diskutiert:

Volksinitiativen

- [Landschaftsinitiative](#): Sie will die Verbauung von Kulturland stoppen und dem Bauen ausserhalb der Bauzonen Grenzen setzen. Am 11.5. verabschiedet die UREK-S eine Überarbeitung des Raumplanungsgesetzes im Sinne der Initiative. Am 16.6. fügt der SR neue Ausnahmen für Bauten ausserhalb der Bauzonen ein. Der Ball liegt nun beim NR. Das Parlament Behandlungsfrist vom SR bis 8. März 2024 verlängert. 2023 entscheidet sich, ob im Parlament ein indirekter Gegenvorschlag zustande kommt. Eine Volksabstimmung wird frühestens 2024 stattfinden.
- [Biodiversitätsinitiative](#): Das Parlament muss 2023 über den indirekten Gegenvorschlag befinden. Ob doch noch Massnahmen zur Stärkung der aquatischen Biodiversität Eingang finden, ist offen.
- [Gletscherinitiative](#) = Volksinitiative «Für ein gesundes Klima»: Anders als der Titel vermuten lässt, hat dieses Volksbegehren nur indirekt mit Wasser zu tun. Ziel ist der Kampf gegen den Klimawandel (gegen das Schmelzen der Gletscher) mit einer Netto-Null-Schweiz ab 2050. Die Initiative wurde bedingt zurückgezogen, nachdem das Parlament Ende September das neue «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit, KIG» ([21.501](#)) als indirekten Gegenvorschlag angenommen hat. Damit einhergehen zahlreiche CO₂-Senkungsmassnahmen, u.a. sollen 2 Milliarden Franken für den Ersatz von fossilen und Elektro-Heizungen zur Verfügung gestellt werden. Ebenfalls zum Paket gehört die Änderung im Energiegesetz mit «dringlichen Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter» und das «Bundesgesetz über subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft». - Da die SVP dagegen das Referendum ergriffen hat, dürfte im Sommer 2023 oder im Frühling 2024 über diesen Gegenvorschlag auf Gesetzesebene abgestimmt werden.

Energie

- Mantelerlass: [Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien](#) (21.047). Umfasst Energie- und Stromversorgungsgesetz, mit Änderungen im Raumplanungsgesetz, Gesetz zur Steuerharmonisierung, ev. Kernenergiegesetz; traktandiert in der Frühlingsession. Wasserrelevant sind namentlich die Ausbaupläne und Fördermechanismen für die Wasserkraft.
- Restwasser: 25.1.2023 / Die UREK-N lanciert im Rahmen der Beratungen des Mantelerlasses ein Postulat (23.3007), welches den BR beauftragt, das GschG in Sachen Restwasser zu überarbeiten. Das Ziel gleicht einem Spagat: [Mehr Strom bei gleichzeitiger Verbesserung der Biodiversität der Gewässer](#).
- Ausbau Wasserkraft 1: 25.1.2023 / Die UREK-N lanciert ein Postulat zur [Erhöhung der Stromproduktion dank der Erneuerung und Erweiterung der Grosswasserkraftwerke](#). (23.3006)
- 14.2.2023 / Die Kleinwasserkraftvereinigung Swiss Small Hydro hat ihre Volksinitiative lanciert. Unter dem Titel «[Jede einheimische und erneuerbare Kilowattstunde zählt](#)» sollen Nutzungsanliegen dank einer Verankerung in der Verfassung höher gewichtet werden als heute und höher als andere nationale Interessen.
- Europaweit steigt, u.a. aufgrund des Kriegs in der Ukraine, der Druck, Fracking-Verbote aufzuheben. So fordern z.B. die Geologische Gesellschaft und die FDP in Deutschland,

[Fracking so schnell als möglich zuzulassen](#). In Grossbritannien hält Premierminister Rishi Sunak am Fracking-Moratorium fest.

Agrarpolitik, Nährstoffe und Pestizide

- Nitrat im Grundwasser und entsprechende Düngebeschränkungen werden Thema bleiben, trotz der abgeschwächten Zielsetzung aufgrund der Motion Gapany ([22.3795](#)). Dies auch auf der Ebene EU, die gegenüber den Mitgliedstaaten das Vorsorgeprinzip nochmals gestärkt hat.
- Die Agrarpolitik ab 2022, AP 22+, ([20.022](#)) kommt anfangs 2023 ins Parlament. Die Vorlage war 2020 im Vorfeld der Abstimmungen über die Pestizid- und die Trinkwasserinitiative (Juni 2021) vom Parlament sistiert worden. Die Botschaft umfasst 260 Seiten. Sie enthält zahlreiche wasserrelevante Bestimmungen. Vieles ist aber mit dem Aktionsplan Pflanzenschutz sowie der Bearbeitung der 2021 angenommenen parlamentarischen Initiative [19.475](#) «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» bereits eingeleitet.
- Der Bund möchte die Ausscheidung der Grundwasserschutzzonen beschleunigen, stösst aber bei den Kantonen teilweise auf Widerstand. Jedenfalls wird der planerische Grundwasserschutz auch 2023 ein Thema bleiben.
- Die EU-Kommission legt am 22.6.2022 den [Entwurf für eine neue Pestizidverordnung](#) vor. Unter anderem soll damit der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln bis 2030 halbiert werden. Die [Diskussion dazu ist im Gang](#).

Langlebige Chemikalien

- Aufgrund einer Anfrage ([22.7982](#)) von Jon Pult (sp/GR) zu Grenzwerten für PBC sowie des Postulats ([22.4585](#)) von Tiana Moser (glp/ZH) hat der Bundesrat angekündigt, im Frühling 2023 über weitere Schritte für eine übergeordnete Strategie zum Umgang mit langlebigen und giftigen Stoffen wie PFAS, TFA und PCB in der Umwelt und zur Sanierung der beeinträchtigten Umweltbereiche zu orientieren. Das Postulat Moser verlangt einen eigentlichen Aktionsplan zur Belastungsreduktion von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien.
- Deutschland will gemeinsam mit Dänemark, den Niederlanden, Norwegen und Schweden per- und polyfluorierte Chemikalien ([PFAS\) in der Europäischen Union verbieten](#) lassen. Etwa 10'000 dieser „ewigen Chemikalien“ sollen beschränkt werden. Ein Vorschlag ist bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA eingereicht. Diese prüft nun, ob er mit EU-Recht vereinbar ist. Einzelne dieser Stoffe sind heute unter REACH schon beschränkt. Siehe auch [SRF-Beitrag](#) vom 7.2.2023.

Ausserdem...

- Kreisläufe schliessen: Die Parlamentarische Initiative Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken [Palv 20.433](#) kommt im April 2023 in der Sondersession ins Parlament: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2023/13/de> Sie enthält verschiedene wasserrelevante Bestimmungen, so zur Rückgewinnung von Stickstoff und Phosphor aus dem Abwasser.